

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-004832/2025
an die Kommission**

Artikel 144 der Geschäftsordnung

Sander Smit (PPE), Monika Hohlmeier (PPE), Céline Imart (PPE), Alice Teodorescu Măwe (PPE), Henrik Dahl (PPE), Lukas Mandl (PPE), Miriam Lexmann (PPE), François-Xavier Bellamy (PPE), Sabine Verheyen (PPE), Andrey Kovatchev (PPE), Niclas Herbst (PPE), Ondřej Kolář (PPE), Bert-Jan Ruissen (ECR), Antonio López-Istúriz White (PPE), Reinhold Lopatka (PPE)

Betrifft: Eingriffe der Hamas in die Tätigkeiten von EU-finanzierten nichtstaatlichen Organisationen

Interne Dokumente der Hamas, die von israelischen Stellen im Gazastreifen beschlagnahmt wurden, zeigen, dass die Hamas in die Tätigkeiten von EU-finanzierten nichtstaatlichen Organisationen (NGOs), die in der Region tätig sind, eingreift.

In diesen Dokumenten wird detailliert dargelegt, wie NGOs durch interne Sicherheitsmechanismen der Hamas überwacht und kontrolliert wurden, indem wichtige Positionen mit „Garanten“, die häufig Verbindungen zur Hamas haben, besetzt werden. Konkrete Beispiele dafür sind:

Die Organisation International Medical Corps (IMC) hat ihre Einrichtungen im Gazastreifen geschlossen, nachdem sie sich geweigert hatte, der Hamas Berichte vorzulegen. Die Wiedereröffnung erfolgte erst, nachdem dieser Forderung nachgekommen wurde.

Oxfam erhielt im Jahr 2021 von der EU Mittel in Höhe von 800 000 EUR für ein Bewässerungsprojekt in einem sicherheitsrelevanten Grenzgebiet, wobei von der Hamas dokumentiert wurde, dass dieses Gebiet aufgrund von Obstbaumpflanzungen, die militärische Positionen verbergen, taktische Deckung für „Widerstandstätigkeiten“ biete.

Die Organisation Cesvi, eine weitere von der EU finanzierte NGO, hat mindestens ein Mitglied, das laut einem Hamas-Dokument aus dem Jahr 2022 Verbindungen zur Hamas aufweist.

Diese Enthüllungen geben Anlass zur Sorge, dass mit EU-Steuermitteln indirekt terroristische Aktivitäten unterstützt werden könnten.

1. Welche unmittelbaren Schritte unternimmt die Kommission, um diesen Vorwürfen nachzugehen und die Einhaltung der EU-Finanzierungsbedingungen durch die genannten NGOs (IMC, Oxfam und Cesvi) zu überprüfen?
2. Gedenkt sie, die Auszahlung von Mitteln an NGOs, die die Vorschriften nicht einhalten, auszusetzen oder diese Mittel zurückzufordern, und falls ja, welche Kriterien und Fristen gelten dabei?
3. Welche verbesserten Überprüfungs- und Überwachungsmechanismen gedenkt die Kommission im Hinblick auf künftige Finanzierungen für NGOs in Hochrisikogebieten wie dem Gazastreifen einzuführen, um zu verhindern, dass es zu Unterwanderungen durch ausgewiesene terroristische Gruppen kommt?

Eingang: 5.12.2025